

16.09.2011 - Universitäten / Studenten / Rektoren

Universitäten lehnen Entwurf für Studienberatung ab

Utl.: Uniko zweifelt Sinnhaftigkeit und Nutzen an - Bundesheer will Grundwehrdiener beraten=

Wien (APA) - Die Universitäten stehen der vom Wissenschaftsministerium geplanten Verordnung für die ab Wintersemester 2012 geplanten verpflichtenden Studienberatung sehr skeptisch gegenüber. Die Universitätenkonferenz (uniko) lehnt den Verordnungsentwurf "vehement ab, da an seiner Sinnhaftigkeit und seinem Nutzen gezweifelt wird". Die Rektoren fordern zudem eine gesamtheitliche Lösung für den Uni-Zugang "und kein Stückwerk".

Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass ab Herbst 2012 nur noch jene ein Studium beginnen dürfen, die eine Studienberatung in Anspruch genommen und ein Motivationsschreiben verfasst haben. Schüler im Maturajahr sollen im Idealfall von einem entsprechend geschulten Lehrer informiert und für alle anderen sollen Angebote bei Beratungseinrichtungen geschaffen werden.

Die uniko kritisiert, dass der Entwurf die bereits stattfindenden Beratungsaktivitäten der Unis nicht berücksichtigt. Es sei nicht akzeptabel, diese von Studienbersaterservices auszuschließen, heißt es in der Stellungnahme. Die uniko hält "eine Kommerzialisierung der Studienberatung und ein Hineinfließen der Gelder in diese Beratermärkte" für "nicht zielführend". Die Rektoren haben kein Problem mit der Pluralität von Beratungseinrichtungen. Diese sollten aber entweder an Schulen angesiedelt sein, oder von der Hochschülerschaft, von der Universität oder anderen geeigneten Stellen durchgeführt werden.

Die uniko bezweifelt, dass eine Beratung von zwei mal 45 Minuten pro Person in einem Kurs von etwa 20 Personen für eine gut informierte Studienentscheidung genügt: "Eine sinnvolle Beratung sollte passgenau sein und nicht nur eine formale Übung, die Geld kostet." Weiters wird der "hohe administrative Aufwand und Formalismus" kritisiert. Das von den Bewerbern verpflichtend verlangte Motivationsschreiben halten die Rektoren für überflüssig, weil damit "keinerlei Bewertung und Feedback verbunden ist".

Dass auch ausländische Studenten, insbesondere jene von außerhalb der EU, zur Beratung verpflichtet werden, nennen die Rektoren "Schikane" und "grenzenlosen Formalismus". Sie empfehlen den Verordnungsentwurf "grundlegend, nach den Bedürfnissen der Adressaten

zu überarbeiten".

Auch einzelne Universitäten stehen in ihren Stellungnahmen dem Entwurf kritisch gegenüber. Die Uni Graz sieht in der Studienberatung "keine für Studieninteressierte ausreichende und nutzbringende Unterstützung". Die Uni Salzburg befürchtet, dass die Maßnahme "neben der elektronischen Voranmeldung ein weiteres verunglücktes Instrument ist, in die Studienströme steuernd einzugreifen". Die Uni Wien fürchtet einen "drohenden Bürokratiewuchs" und hält den "Ausschluss der Universitäten" von der Beratung für "in höchstem Maße bedenklich".

Unterdessen hat am Freitag das Verteidigungsministerium angekündigt, dass Grundwehrdiener ab 1. Oktober 2011 beim Bundesheer die verpflichtende Studienberatung in Anspruch nehmen können. Im Heerespersonalamt könne man alle Informationen rund um den Start ins Studentenleben bekommen, teilte das Ministerium in einer Aussendung mit. Die Beratung im Ausmaß von zwei Unterrichtseinheiten könne während der Dienstzeit erfolgen.

(Schluss) cm/pra/spu

APA0263 2011-09-16/12:22

161222 Sep 11

© APA - Austria Presse Agentur reg.GenmbH. Alle Rechte vorbehalten. Die Meldungen dürfen ausschließlich für den privaten Eigenbedarf verwendet werden - d. h. Veröffentlichung, Weitergabe und Abspeicherung ist nur mit Genehmigung der APA möglich. Sollten Sie Interesse an einer weitergehenden Nutzung haben, wenden Sie sich bitte an Tel. ++43-1/36060-5750 oder an zukunftwissen@apa.at.